

Gallup Wirtschaftspolitik Radar 2019/1

ÖsterreicherInnen klar gegen eine Einmischung der Politik in Unternehmen

83% der Österreicher gegen staatlichen Einfluss auf Personalentscheidungen in erfolgreichen Unternehmen

*Klare Mehrheit gegen staatlichen Einfluss auf Unternehmen sowie gegen gesetzliche Bevorzugung erfolgreicher privater Industrieunternehmen
Mehrheit für eine Unterstützung seitens des Staates durch Garantie günstiger Kredite*

Wien, am 18. Jänner 2019

Die Mehrheit der Österreicher lehnt eine Einmischung der Politik in Unternehmen ab, da man der Meinung ist, dass privat geführte Unternehmen erfolgreicher sind.

Eine klare Mehrheit der Österreicher spricht sich in einer aktuellen Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts gegen den Einfluss der Politik in erfolgreichen Industrieunternehmen aus: 83% der Befragten sind definitiv gegen staatliche Einflussnahme bei Personalentscheidungen. Diese sollten den Unternehmen selbst überlassen werden. Die Ablehnung zieht sich auch quer durch das politische Spektrum. Nur Personen, die den Grünen nahestehen, weisen mit 17% den höchsten Anteil an Befürwortern auf, sind jedoch auch mehrheitlich gegen politischen Einfluss auf Personalentscheidungen in Unternehmen. Mit 91% sind die über 50-jährigen am stärksten für die Autonomie der Unternehmen.

Während 56% der Befragten privat geführte Unternehmen für erfolgreicher halten als solche unter staatlichem Einfluss, glauben nur 12% dass staatlich beeinflusste Unternehmen erfolgreicher sind. Auffällig ist, dass Männer mit 68% privat geführte Unternehmen für deutlich erfolgreicher halten, während Frauen nur zu 45% diese Meinung vertreten, Personen über 50 Jahren mit 64% Prozent am stärksten die privat geführten Unternehmen als erfolgreicher bewerten und Personen mit hohem Wirtschaftsinteresse mit 71% diese Meinung vertreten. Das höchste Vertrauen in Privatunternehmen haben ÖVP-affine Personen mit 76%, gefolgt von NEOS-affinen Befragten mit 66%.

Dementsprechend findet sich auch keine absolute Mehrheit für eine Beteiligung des Staates an erfolgreichen Industrieunternehmen. Es sprechen sich 47% dafür aus, 31% sind dagegen. Eine klare Absage erteilen jedoch alle Gruppierungen einer Absicht des Staates, erfolgreiche Industrieunternehmen selbst führen zu wollen: Drei Fünftel, 59%, sprechen sich dagegen aus, am stärksten Personen mit hohem Wirtschaftsinteresse und ÖVP-, FPÖ- sowie NEOS-affine Befragte gleichermaßen. Nur Grün-affine sind mehrheitlich für die Führung erfolgreicher Industrieunternehmen durch den Staat.

Der Staat sollte nach Meinung von 70% der ÖsterreicherInnen erfolgreiche Industrieunternehmen durch die Garantie günstiger Kredite unterstützen. Anders fällt das Votum aus, wenn es darum geht, dass der Staat diesen Unternehmen Kapital direkt zur Verfügung stellt und dafür Mitspracherechte und Posten erhält. Dies wird von 61% abgelehnt. Auch die gesetzliche Bevorzugung solcher Unternehmen wird von 60% der Befragten abgelehnt, 29% sind strikt dagegen, 31% wollen eine Bevorzugung eher nicht.

Fazit:

Die Erfahrungen der Österreicher mit staatlichem Einfluss auf Unternehmen sind offenbar dergestalt, dass sich bei diesem Thema eine klare Ablehnung herauskristallisiert. Je älter die Befragten (und damit auch die Erfahrungen in österreichischer Wirtschaftspolitik), desto stärker ist die Befürwortung von privaten Unternehmen gegenüber jenen mit staatlichem Einfluss.

Eine Postenbesetzung durch den Staat in erfolgreichen österreichischen Industrieunternehmen ist nur für sehr wenige vorstellbar, eine klare Absage erteilt man auch der Führung solcher Unternehmen durch den Staat.

Eine gesetzliche Bevorzugung solcher Unternehmen bzw. das zur Verfügung stellen von Kapital durch den Staat im Abtausch gegen Einfluss und Posten finden kaum Befürworter.

Man kann sich jedoch durchaus vorstellen, erfolgreiche österreichische Unternehmen durch eine staatliche Garantie günstiger Kredite zu unterstützen.

Diese doch leicht pragmatische Einstellung der ÖsterreicherInnen spiegelt sich auch in der Tatsache, dass mit 47% eine (relative) Mehrheit für eine Beteiligung des Staates in Form der ÖBAG an solchen Unternehmen existiert, immerhin 31% sprechen sich dagegen aus. Es zeigt sich also: Beteiligen wird nicht zwingend als bestimmender Einfluss interpretiert, jedoch als Teilhabe des Staates von manchen Bevölkerungsgruppen durchaus akzeptiert.

Die Umfrage wurde Ende Dezember unter 1.000 webaktiven Österreichern repräsentativ für die Österreichische Bevölkerung über 16 Jahren mittels Computer Assisted Web Interviews durchgeführt.

Rückfragehinweis:

Günter Haunlieb
Senior Researcher
Österreichisches Gallup Institut
Dr. Karmasin GmbH
Lobkowitzplatz 1
1010 Wien
g.haunlieb@gallup.at